Buchbesprechung

Berlit: Flüchtlingsrecht in Zeiten der Krise

Von *Constantin Hruschka, Bern*

Der Autor dieser Veröffentlichung, Uwe-Dietmar Berlit, ist Vorsitzender des unter anderem für Asylrecht zuständigen 10. Revisionsssenats des Bundesverwaltungsgerichts und Verfasser zahlreicher Publikationen. Der kurze Band basiert auf einem Vortrag, den er im November 2016 vor der Schleswig-Holsteinischen Juristischen Gesellschaft gehalten hat. Der Grundcharakter als Vortrag ist in der Publikation erhalten geblieben. Daraus ergeben sich gewisse Einschränkungen bei der Tiefe der Analyse, aber auch viele Vorteile für die Lektüre: Der Band liest sich flüssig und fühlt der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Wahrnehmung und Realität der »Fluchtmigration« auf den Puls.

Der Autor erhebt den Anspruch, die für das Flüchtlingsrecht bedeutenden Normen sowie deren Wirksamkeit einer Analyse und Bewertung zu unterziehen. Ihn beschäftigt die Frage, ob sich Recht und Rechtssetzung eignen, um Fluchtmigration zu steuern und zu kontrollieren. Dazu stellt er nach einer Einleitung (A.) zunächst den völkerrechtlichen, europarechtlichen und nationalen Rechtsrahmen vor (B.). Daran anschließend nimmt er das »Migrationsmanagement« in den Blick (C.). Den letzten Teil (D.) vor der sehr kurzen Schlussbemerkung (E.) widmet er dem »Migrationsfolgenrecht«.

Der Band gibt einen guten Überblick über aktuelle Debatten und ist damit mehr als nur eine Beschreibung der (beschränkten) Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts. Vielmehr stellt der Autor das Recht in seinen gesellschaftlichen Zusammenhang und schreibt ihm sinnstiftende Funktionen zu. Das Recht wird also nicht positivistisch als gegeben angesehen, sondern der Autor versucht, rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten für eine möglichst effiziente Umset-

zung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der europäischen Werteordnung aufzuzeigen. Er plädiert aus dieser Perspektive für einen offenen, gewaltfreien und partizipativen (Rechts-)Diskurs, der sich gegen »Identitätskonstruktionen« jeglicher Art stellt.

Der Rahmen der Analyse ist im Wesentlichen national bezogen und beleuchtet die rechtliche und faktische Situation in Deutschland. Diejenigen Abschnitte, die sich mit den internationalen Vorgängen und Vorgaben beschäftigen, sind insgesamt oberflächlicher als die Darstellung der Diskussionen in Deutschland. Dieser national geprägte Ansatz zeigt sich besonders deutlich bei der Darstellung des Flüchtlingsrechts, bei der der Autor die Flüchtlingsdefinition auf die vom deutschen Bundesverfassungsgericht geprägte Figur der »Ausgrenzung aus der staatlichen Friedensordnung« reduziert und damit hinter der neuesten Rechtsprechung des EuGH zurückbleibt.

Der Abschnitt zur rechtlichen Diskussion um das Dublin-System und um mögliche Obergrenzen für die Aufnahme von Schutzsuchenden zeigt deutlich, dass aus der rechtlich überzeugend begründeten Sicht des Autors eine Obergrenze erst bei Bedrohung der Funktionsfähigkeit des Staates rechtlich denkbar ist. Entsprechend hält der Autor jegliche Obergrenzendebatten in einer Situation wie im Herbst 2015 für verfehlt. Er verdeutlicht, dass vorübergehende Kapazitätsengpässe in Unterbringung und Versorgung nicht die Funktionsfähigkeit des deutschen Asylsystems und schon gar nicht diejenige des deutschen Staates bedroht haben. Weniger klar äußert er sich zur Verlagerung der Zuständigkeit für Asylverfahren auf Drittstaaten, etwa zum EU-Türkei-Deal.

Die asylrechtliche Gesetzgebung in Deutschland in den Jahren 2015/2016 kennzeichnet der Autor als »gesetzgeberischen Aktionismus« und hält fest, dass die beschlossenen Rechtsänderungen wohl eher symbolischer als effizienter Natur waren.

Eine (bisher fehlende) Wirksamkeitsanalyse der beschlossenen Bestimmungen würde, so die Vermutung des Autors, zeigen, dass nur wenige der intendierten Effekte der neuen gesetzlichen Bestimmungen eingetreten sind.

In seinem Schlusskapitel widmet sich das Buch dem Status von Personen nach einer Asylentscheidung. Hier skizziert der Autor seine Vision von »Integration als Staats- und Verwaltungsaufgabe.« Dabei sieht er eine geteilte Verpflichtung der schutzbedürftigen Person und des Staates, Integration gelingen zu lassen. Für die zivilgesellschaftlichen Akteure nimmt Berlit die Meinungsfreiheit und die allgemeine Handlungsfreiheit in den Blick und verdeutlicht, dass er weder ein Hilfegebot noch ein Hilfeverbot sieht. Er plädiert hier und in Bezug auf die Wirtschaft für staatliche Anreize für die Integration, da diese aus seiner Sicht vorrangig eine sich aus den völker-, europa- und verfassungsrechtlichen Pflichten ergebende Staatsaufgabe ist. In seinem Schlusswort betont der Autor, dass eine (deutsche) »Identitätskonstruktion, die Nation auf ethnisch definierter, exkludierender Homogenität gründet« nicht nur den grundgesetzlichen Anforderungen widerspricht, sondern »Staat und Nation« gefährdet. Dieser Schlusssatz steht emblematisch für die Position des Autors, der einen rechtsbasierten, demokratischen Rechtsstaat propagiert. Wer sich einen rechtlich fundierten, klugen und gleichzeitig undogmatischen Überblick über die aktuelle Situation in der deutschen Debatte um das Flüchtlingsrecht verschaffen will, dem sei die Lektüre dieses Bandes empfohlen.

- **Uwe Berlit.** *Flüchtlingsrecht in Zeiten der Krise – Grenzen und Möglichkeiten der Steuerung von Fluchtmigration und ihrer Folgen durch Recht*, 2017 (Schriftenreihe der Schleswig-Holsteinischen Juristischen Gesellschaft, Bd. 3). 134 S., 39,- €, ISBN 978-3-8487-3913-4.